

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)
2 Mk. — Polzeitsungshilfe Nr. 3167

Kommunale Arbeiterpolitik im Münchener Rathaus. — Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1906. II. — **Wohnstände in Frankfurt a. M.** — Sozialpolitik in Königsberg i. Pr.? — **Kölnener Brief.** — **Kottjen für Gasarbeiter.** — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — **Verbandssteil.**

Kommunale Arbeiterpolitik im Münchener Rathaus.

Zu neuerer Zeit kommen die Stadtverwaltungen immer mehr zu der Einsicht, daß die städtischen Betriebe als Regiebetriebe geführt werden müssen und daß diese den Privatarbeitgebern gegenüber vorbildlich wirken sollen. Die Übernahme dieser Betriebe ist sehr oft erschwert durch langfristige Verträge, und so manche Stadt hat die Kurzichtigkeit früherer Stadtväter teuer bezahlen müssen. Auch die Steuerzahler Münchens wissen ein Vieklein hiervon zu singen; man braucht nur an den nun glücklich abgelaufenen Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft zu erinnern.

Geschehenes läßt sich nicht mehr gut machen und man könnte über diese Geschichten zur Tagesordnung übergeben, wenn — ja, wenn es nicht den Anschein hätte, als ob man diese Dinge im Münchener Rathaus schon wieder vergessen hätte.

Schon im Frühjahr erklärte der liberale Gemeindevollmächtigte Stierhörer in bezug auf die den Vätern der „Gewerkschaft“ bekannten Vorgänge bei den Ausschussarbeiten für die städtische Wasserleitung in Talham, „daß man eventuell diese Arbeiten in Submision vergeben würde“, wenn keine Rube würde.

Und kürzlich meinte der ultramontane Rechtsrat Panzer in der Magistratsitzung in bezug auf die von der sozialdemokratischen Fraktion zum ersten der Gasarbeiter eingebrachten Anträge: „wenn das mit den Anträgen für die Gasarbeiter so fort geht, so werde man wohl die Gaswerke wieder verpachten“.

Man kann diese Ausführungen des Herrn Rechtsrates Panzer wohl als einen schlecht gelungenen Einschüchterungsversuch der städtischen Arbeiter betrachten. Soweit ist aber die städtische Arbeiterschaft kommunalpolitisch klar, daß eine Stadtverwaltung, die, nachdem sie mit vieler Mühe die Betriebe in die Hand bekommen hat, nun wieder der Privatpekulation überläßt, dem Gelächter der ganzen Welt ausgesetzt wäre, und daß sie bei der nächsten Wahl mit Stumpf und Stiel weggeführt würde, möge sie sich partiell politischen nennen wie immer. Nichtsdestoweniger aber sollen diese Ausführungen einer kleinen Probe auf Stabilität unterzogen werden.

Anlaß zu den Ausführungen Stierhofers gab der Umstand, daß die Kollegen in Talham als Münchener städtische Arbeiter bei der Neuregelung der Arbeitsordnung auch berücksichtigt sein wollten. Sie hielten verschiedene Versammlungen ab, wobei es einmal mit dem in der Versammlung anwesenden Augenarzt zu heftigen Auseinandersetzungen kam, weil dieser zwei Kollegen zu Unrecht entlassen hatte. Das war in den Augen des Herrn G. V. Stierhörer eine Aufstörung, die durch Vergabung der Arbeit in Submision, „selbst auf die Gefahr hin, daß damit höhere Kosten entstehen“, gerachen werden sollte.

Als dieses Sprüchlein zum besten gegeben wurde, beschloß man — und der Führer der Mehrheit, der Liberale G. V. Schön, betonte dies mit besonderem Nachdruck — daß in schnellster Weise für die Arbeiter bei der Quellsfassung eine eigene, den dortigen Verhältnissen entsprechende Arbeitsordnung geschaffen werden sollte. Ja, Schmecken heute noch ist nichts von alledem wieder ans Tageslicht gekommen, und es fragt sich nur, was eher fertig werden soll: die Quellsfassung oder die Arbeitsordnung für die dortigen Arbeiter.

Und wie steht es mit den immer wiederkehrenden Anträgen der Gasarbeiter? Bei der Neuregelung der Arbeitsordnung sind die Gasarbeiter am schlechtesten weggekommen, weil die Lohnsätze fast ausnahmslos nur um 10 Pf. pro Tag erhöht wurden, wobei man noch wissen muß, daß dies seit 1901 die einzige Aufbesserung der Löhne darstellt. Es ist also durchaus kein Wunder, wenn die Arbeiter mit den gleichen Anträgen, die bei der Neuregelung der Arbeitsordnung keine Berücksichtigung fanden, immer wiederkommen. Was bedeutet denn eine tägliche Aufbesserung von 10 Pf. gegen die etwa 20prozentige Steigerung der Ausgaben des Arbeiters in den letzten 6 Jahren? Schon die letzte Bierverteuerung verschlingt 10 Pf. pro Tag, und schon schänden sich die Bäcker an, nun auch den „Brotpreis zu regeln“, ganz abgesehen von den Erhöhungen der Miete sowie der Preise für Fleisch, Schuhwerk, Kleidung usw. Tatsache ist aber auch, daß München in puncto Entlohnung der städtischen Arbeiter noch sehr, sehr weit hinter vielen größeren, mittleren und kleineren Städten nachhinkt. Ganz besonders aber trifft dies bei den Gasanstalten zu.

Nun wissen die städtischen Arbeiter ganz genau, daß sie viel eher und schneller zu höheren Löhnen kämen, wenn diese Regiebetriebe den Privatunternehmern überlassen würden; aber deshalb ist noch keinem Münchener städtischen Arbeiter die kuriose Idee eingefallen, es sollen die städtischen Betriebe dem Privatbetrieb überantwortet werden, so nahelegend dieser Gedanke bei der notorischen Inzugänglichkeit der Stadtverwaltung wäre. Diesen Gedanken zu gebären, das blieb dem Herrn Rechtsrat Panzer vorbehalten, dessen Ausführungen sich ungefähr so zusammenfassen lassen: Solange der städtische Arbeiter ein williges, billiges Ausbeutungsobjekt darstellt, solange Regiebetrieb; sobald er aber versucht, eine Entlohnung in gleicher Höhe wie bei Privatarbeitgebern zu erreichen, dann hinweg mit den städtischen Betrieben an das Privatunternehmen. Und verständnisvoll fügt der ebenfalls von weitausschauender Kommunalpolitik nicht angefränkelte Herr G. V. Stierhörer hinzu, „selbst auf die Gefahr hin, daß dies Mehrkosten verursacht“. Kann man sich denn überhaupt noch einen heinlicheren, engerzigeren und gegen die Arbeiter ungerechteren Standpunkt denken, als er in den Reden der Genannten zum Ausdruck gelangt? Wenn man sich in anderen Städten umsieht, so bemerkt man z. B. gerade zurzeit in Stuttgart, wie die größten und schwierigsten Arbeiten, Verastrafen usw. in Regie ausgeführt werden, während in München eine Submision die andere jagt. Wir haben es ja erst im vergangenen Sommer wieder erlebt, daß z. B. der Greinerberg in Submision vergeben wurde, während gleichzeitig Hunderte von städtischen Arbeitern aufs Pfahler flogen.

Tatsache ist, daß der Privatbetrieb von der Stadt doch größere Summen verlangt, als wie durch den Regiebetrieb selbst bei guter Bezahlung der Arbeiter auslaufen würden. Ein Beispiel soll das beweisen. Die größeren Plätze im Zentrum der Stadt sowie sämtliche Asphaltpflaster reinigt eine Gesellschaft, mit welcher der Vertrag erst im Verlaufe dieses Sommers erneuert wurde. Diese Gesellschaft hat nun mit der Organisation einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem z. B. für Männer ein Wochenlohn (also bereits fortgeschrittlicher wie die Stadtgemeinde mit ihrem Tagelohn) von 21 Mk. festgelegt ist; hinzu kommt noch der Unternehmergewinn, so daß die Stadt wohl 30 Mk. für die Wochenleistung eines Arbeiters zu bezahlen hat, während ihre eigenen Arbeiter einen Anfangslohn von nur 3.30 Mk. pro Tag erhalten. Möchte denn dies nicht die Stadt selbst machen?

Sowohl die Stadt, als auch die Reinigungsanstalt beschäftigen eine Anzahl Frauen bei der Straßenreinigung. „Frauen mit Karren und Besen im dichten Gewühl der Straße.“

Hütwahr, ein herrlicher! wurde für die Karikaturenzeichner der Wigblätter. Wenn die Herren Magistratsräte doch mal in anderen Städten herumhören wollten mit welcher heissem Spott diese Art der Münchener Straßeneinigung gloriert wird.

Ein nicht minder schlaues Stückchen hat sich die Stadtverwaltung mit der Schulhausreinigung geleistet, denn auch diese wurde den Privatunternehmern ausgeliefert. Von welcher hohen Kommunalweisheit die diesbezüglichen Verhandlungen getragen waren, zeigen die Ausführungen des Herrn Rechtsrates Förburger, die dem Sinne nach darin gipfeln: Die drei Firmen, denen wir die Schulhausreinigung übergeben, können uns nicht zubiel letzta durch Ringbildung abknüpfen, denn solche Unternehmen wären unschwer ins Leben zu rufen. Ob diese Unternehmen auch auf solider Grundlage beruhen, und ob die Arbeiterinnen auch zu ihrem Gelde gelangen können, das schien dem Herrn Rechtsrat nicht zu sein. Die Folge ist dann, daß das Gewerbeamt ausreichend zu tun hat; sogar von Gerichts wegen zeigte man Interesse für eine dieser Firmen, indem die Invalidentanten der Arbeiterinnen einer eingehenden Turndicht unterzogen wurden. Ueber diese und noch eine Anzahl ähnlicher Erzele schweigt des Sängers Döbligkeit. Es ist durchaus nichts damit getan, schnell einige Reinigungsanstalten mit sehr fragwürdiger, finanzieller Org; Lage aus dem Boden zu stampfen, wie der Herr Rechtsrat das meint, sondern die Schulhausreinigung gehört in städtische Regie geführt. Auch erscheint es nicht praktisch, daß in den Schulhäusern alle Augenblicke andere Frauen die Reinigung haben, wie das bei den Privatgesellschaften der Fall ist.

Aus den Berichten der Tagespresse ist zu ersehen, daß der Magistrat nun dem von unserer Organisation durch die Arbeiterauschüsse) eingereichten Antrag auf Errichtung eines Arbeitsnachweises für die städtischen Arbeiter endlich zugestimmt hat. Dieser Arbeitsnachweis ist gedacht als Nebenabteilung des städtischen Arbeitsamtes. Anscheinend soll den städtischen Arbeitern eine Mitwirkung und Kontrolle nicht eingeräumt werden, wodurch der Arbeitsnachweis von vornherein schon zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Wir haben dies z. B. in Berlin erlebt, wo dieser Arbeitsnachweis ebenfalls besteht, aber mangels des Einflusses und der Kontrolle der Arbeiter in der Praxis nicht berücksichtigt wird.) Soll dieser Arbeitsnachweis richtig funktionieren und sollen die städtischen Arbeiter auch einiges Vertrauen zu dieser Institution haben, so muß diesen auch in irgendeiner Form Einblick in die Führung des Nachweises gewährt werden. Die Organisation wird wohl in allererster Linie hierzu zu tun haben.

Und man zu dem viel diskutierten Thema der Arbeiterauschüsse. Diese betrachten die Münchener Stadtverwaltung wohl als Feindböde, an denen die Wünsche der städtischen Arbeiter ihren Ausdruck finden sollen. Ein Beispiel soll uns dies illustrieren: So hätte der Arbeiterauschuss für das Stadtbauamt am 1. Januar 1907 seine Funktion aufnehmen sollen, die Wahl hat aber erst am 17. Februar statt. Seit dieser Zeit hat sich auch kein Mitglied der Stadtverwaltung oder des Stadtbauamtes in den Sitzungen des Arbeiterauschusses finden lassen. Sofort nach der Wahl beziehungsweise nach Ablehnung des von den gegnerischen Organisationen eingelegten Wahlprotokolls sandte der Arbeiterauschuss eine Anzahl von Petitionen, sämtlich äußerst dringlicher Natur an den Magistrat ab, und — man höre und staune — schon am 22. Oktober vernahm man im Magistrat, daß die soziale Kommission nun getagt habe.

Die Arbeiterauschüsse der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke taugen im Weitem des betr. Abteilungsverbandes. Auch hier beschränken sich die Verhandlungen lediglich auf Erörterung der strittigen Angelegenheiten, soweit diese nicht von Betriebs wegen geregelt werden können. In Übergabe des Protokolls an den Verwaltungsausschuss bzw. an den Magistrat. Es bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als wenn ich so etwa einem Zehnermeister dem Gläubigern anvertraue, in der Hoffnung, daß etwas herauskommen wird.

Was soll das nun eigentlich für ein Geschäftsgebahren sein? — Es ist doch ganz klar, daß der Abteilungsverband dem Verwaltungsausschuss die Angelegenheit vom Standpunkt und in Vertretung des Betriebes, aber nicht in Interesse der Arbeiter schuldet. Der Arbeiterauschuss tritt in diesen Beratungen höchstens in der Rolle des Beifragers in Erscheinung, denn er wird bei den Beratungen nicht zugezogen, hat also rein gar nichts zu sagen. Und da liegt nun eben die Ursache der Mißerfolge. Diese unwürdige Rolle, die dem Arbeiterauschuss zu spielen zugemutet wird, muß bestritten werden, und es muß sich trotz der Gemeinordnung eine Form finden, die den Arbeiterauschüssen die Möglichkeit bietet, in den Verwaltungsausschüssen oder der sozialen Kommission zu Worte zu kommen.

So wie nun die Sache in München liegt, repräsentieren die Arbeiterauschüsse zugleich die Organisation der Gemeinbedarbeiter.

Hierzu ist bemerkenswert, daß, nachdem die Organisation den Arbeiterauschüssen ihren Antrag unterbreitete, der seiner Organisation angehörende Vertreter der Stadtkämmerei, Oberamtmann Zambale, seiner Meinung dahin Ausdruck verlieh, daß er gegen diesen Antrag lie, weil der Stadtkämmereidirektor selber das doch nicht mag. Der Herr Zambale scheint jedoch sonach als Vertreter seines Direktors und nicht der Arbeiter zu fühlen.

In den Sitzungen des Verbandes werden die Anträge besprochen und für die Beschlussfassung im Arbeiterauschuss fertiggestellt. Nun ist aber tatsächlich nicht eingesehen, weshalb die Arbeiterauschüsse nach dem Willen des Magistrats nochmals offiziell Sitzung haben sollen, um dort das gleiche so pro forma zu wiederholen, was erst in der Organisation gesagt wurde. Ganz besonders kommt noch in Betracht, daß diese offiziellen Sitzungen nicht unter, sondern außer der Arbeitszeit stattfinden haben, wobei jedoch eine Vergütung nicht gewährt wird. Kann denn der Magistrat überhaupt verlangen, daß das Arbeiterauschussmitglied in Wahrnehmung der Sitzungen seine freie Zeit opfert? — Durchaus liegt kein vernünftiger Grund vor, weshalb unsere Kollegen ihre freie Zeit deshalb opfern sollen, weil sich die Stadtverwaltung mal die Ehre in den Kopf gesetzt hat, daß mit der Organisation nicht verhandelt werden soll. Die Arbeiterauschüsse bilden ja in der Praxis auch die Organisationsleitung. Auch ist nicht anzunehmen, daß die Stadtverwaltung der Gefahr einer hochnotpeinlichen Stämpfung entgegengehen würde, wenn sie offiziell mit der Organisation der städtischen Arbeiter unterhandelte, denn auch die Schornacher aller Schattierungen kommen mehr und mehr zu der Einsicht, daß sich in der Organisation die Vertretung der Arbeiter verkörpert.

In letzter Zeit wird nun so viel Tinte verstrichen über die Gleichberechtigung der Arbeiter; selbst ein wirklicher König, der h. Regierungsrat hat sich erst kürzlich dahin dahin gelangen und breiten geäußert, daß die Arbeiterorganisationen im Wirtschaftsleben als gleichberechtigter Faktor anzuerkennen sind. Wenn aber, wie dies hier der Fall ist, die Arbeiter ihre Wünsche lediglich zu Papier bringen, im übrigen aber nichts zu sagen haben, so ist dies doch keine Gleichberechtigung. Deshalb lautet unsere Forderung auf Teilnahme an den Beratungen in den Verwaltungsausschüssen und der sozialen Kommission. Erst wenn wir dort unsere Gründe für und gegen entwickeln können, kann von einer Anerkennung gesprochen werden.

Was hätte da z. B. der Magistrat gesagt, wenn er z. B. gelegentlich der Nebennahme der Straßenbahn nur in der Form mit den Aktionären hätte verhandeln können, wie er es selbst den Arbeiterauschüssen zumutet.

Die Verhandlungen der Arbeiterauschüsse aber sind Scheinverhandlungen, die Entscheidung fällt erst in Verwaltungsausschuss und in der sozialen Kommission. Und dorthin soll der städtische Arbeiter, der seine gesunden Glieder, seine Arbeitskraft oft auf Lebensdauer dem Magistrat verkauft hat, seine Vertreter nicht entsenden dürfen? Wo bleibt da der gleichberechtigte Faktor? —

Die städtischen Arbeiter wollen der Stadtverwaltung ihre Gründe selbst entwickeln, und deshalb müssen sie bzw. ihre Vertreter gehört werden. Nun stehen aber in diesen Körperschaften den Arbeitern juristisch und rechtlich überlegene Personen gegenüber; wenn nun aber schon die Arbeiterauschüsse die Organisation verkörpern, weshalb sollen dann nicht die Verbandsoffiziere als Vertretung zu den Verhandlungen der Stadtverwaltung mit den Arbeiterauschüssen zugezogen werden? — In der Regel kennen doch die Verbandsoffiziere in ihrer Eigenschaft als frühere städtische Arbeiter die in Betracht kommenden Verhältnisse besser als alle Magistratsräte zusammenzunehmen. Durch ihre Tätigkeit verstehen sie auch, die Dinge so etwas von der Pöbelwelt aus zu beurteilen, so daß die Verhandlungen durch die Zuziehung der Verbandsoffiziere nur gewinnen könnten. Wird aber in alten Zahlendirektion weitergewirtschaftet und sowohl Arbeiterauschuss als auch Organisation so von oben herab behandelt, so kann die unabweisliche Folge nur sein, daß die Organisation in einem für sie günstigen Moment die Stadtverwaltung mit der Vorlage eines Tarifes überrascht und sich ihr Recht auf Anerkennung durch die Ratifikation der Arbeitseinstellung erklämpft. Eine andere Lösung ist nicht gut denkbar. Durch den Abschluß eines „gewerblichen Friedensdokumentes“, Tarif genannt, hätte die Stadt eine Reihe von Jahren Ruhe von Seiten der Arbeiterkraft. Der Gedanke ist also an sich gar nicht so übel.

Nun erkennen ja die städtischen Arbeiter an, daß sie gegenüber dem Allgemeinwohl gewisse Verpflichtungen haben; das steht aber voraus, daß diese Allgemeinheit, für dessen Wohl die städtischen Arbeiter tätig sind, diesen eine Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen sichert, was sich kurz in die Worte zusammenfassen läßt: Bedingungslose Anerkennung und Verhandlung mit der Organisation der städtischen Arbeiter.

An unseren Kollegen liegt es, mit allem Eifer für den Zusammenhang aller städtischen Arbeiter in einheitlicher, neutraler Form des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu arbeiten, um aus dem verfahrenen Gleise der Münchener Arbeiterauschüsse herauszukommen und das in diesen Ausführungen angedeutete Ziel seiner Verwirklichung entgegenzuführen. Wie und nimmer darf es geschehen, daß den städtischen Arbeitern Lohn und Arbeitsbedingungen in dieser distanzierenden Weise aufgehalten werden, wie es in der neuen Arbeitsordnung geschehen ist. Als gleichberechtigter Faktor wollen wir anerkannt und gehört werden, die Form hierzu wird sich finden.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

II.

Die Erfolge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Bereits im vorigen Jahre wies die Statistik nach, daß auf dem Wege der Verhandlungen mit den Unternehmern mehr unmittelbare Erfolge erzielt wurden als durch den Kampf mittels Arbeitseinstellung. Dasselbe trifft auch für das Jahr 1906 zu. Bei Angriffsbewegungen und Angriffstreiks wurde erreicht

- an Arbeitszeitverkürzung:
 - ohne Arbeitseinstellung für 265 631 Personen 928 804 Stunden pro Woche
 - durch Streik für 75 646 Personen 289 882 Stunden pro Woche;
- an Lohnerhöhung:
 - ohne Arbeitseinstellung für 491 878 Personen 852 389 Mark pro Woche, durch Streik
 - für 154 253 Personen 359 606 Mark pro Woche.
- Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen:
 - ohne Arbeitseinstellung in 1025 Fällen für 230 247 Beteiligte,
 - infolge Angriffstreiks in 616 Fällen für 71 361 Beteiligte.

Die Zustände, welche die Unternehmer in den Fällen den Gewerkschaften gemacht haben, ohne daß diese zu dem Mittel der Arbeitseinstellung zu greifen genötigt waren, haben sie nicht etwa aus Liebe zu den organisierten Arbeitern gemacht, sondern teils aus Furcht vor der überlegenen Macht der Gewerkschaften und teils aus tübler Berechnung heraus. Die Unternehmer fürchten jeden Streit, weil er ihnen stets, auch im Falle eines für die Arbeiter ungünstigen Ausgangs, Schaden, und oft recht beträchtlichen Schaden zufügt. Sie lernen nach und nach einsehen, daß es für sie besser ist, sich mit den Arbeitern zu verständigen und durch Abschluß von Tarifverträgen vor der Gefahr einer plötzlichen Arbeitseinstellung geschützt zu sein. Je stärker und leistungsfähiger eine Gewerkschaft ist und je geschickter sie die wirtschaftliche Konjunktur, die Lage des Arbeitsmarktes, sowie alle anderen in Betracht kommenden Faktoren auszunützen weiß, um so mehr Erfolge wird sie ohne Streit zu erlangen in der Lage sein. Wenn dennoch so mancher Streit den Arbeitern nicht die erwünschten Erfolge bringt, so trägt daran gar oft ihr ungestümes, übrigens begreifliches und entschuldbares Drama die Schuld, indem sie sich durch die Unternehmer, oft entgegen den Ermahnungen ihrer Führer, zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provozieren lassen. So ist auch bei Abschluß korporativer Arbeitsverträge die weiseste Vorsicht geboten, daß diese nicht zu einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ablaufen, wo es den Unternehmern möglich ist, ihren Herrschaftspunkt den Arbeitern recht fühlbar zu machen. An den Erfolgen der Abwehrbewegungen und Abwehrstreiks sehen wir, daß die Unternehmer nur dann den Versuch zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen machen, wenn dazu die Zeit für sie günstig ist. Es zeigt sich, daß hierbei auf dem Wege der Unterhandlungen nicht viel zu erreichen ist, daß vielmehr die geplanten Verschlechterungen hauptsächlich durch den Streik, und auch dann nicht in allen Fällen, abgewehrt werden können. Je stärker und widerstandsfähiger aber eine Gewerkschaft ist, desto mehr wird aber auch bei Abwehrbewegungen auf dem Wege des Parlamentierens erzielt werden; denn das Unternehmertum geht nicht blindlings in den Kampf, seine Sekretäre und nationalökonomisch und juristisch gebildeten Berater wissen die Chancen wohl abzuwägen. Schon der Versuch einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wird unterbleiben einer starken gewerkschaftlichen Organisation gegenüber, die nicht nur den Willen, sondern auch die Kraft besitzt, ihre Position nachhaltig zu verteidigen. Bei den Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen und bei Abwehrstreiks wurde verhindert

Arbeitszeitverlängerung

- ohne Arbeitseinstellung für 970 Personen 4672 Stunden pro Woche, durch Streik
 - für 1065 Personen 4522 Stunden pro Woche;
 - Lohnreduzierung:
 - ohne Arbeitseinstellung für 2812 Personen 619728 Ml pro Woche, durch Streik
 - für 4838 Personen 13 471 Mark pro Woche.
- Nicht zu verhindern war, daß insgesamt für 708 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3881 Stunden pro Woche und für 1122 Personen eine Lohnkürzung von 2791 Ml. pro Woche eintrat.

Gerade darin zeigt sich die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, daß sie die Unternehmer zwingt, sie als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen, und die Erfolge der letzten zwei Jahre beweisen, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich eine solche Machtposition zum Teil bereits erobert

haben und daß die von ihnen befolgte Taktik sie zum Ziele führen wird.

Trotz der großen Erfolge, die die Gewerkschaften auf gutlichem Wege zu erringen vermochten, sind die Streiks und Aussperrungen zahlreicher geworden und die dafür aufzuwendenden Kosten ganz gewaltig gestiegen. Auch das ist ein Beweis der Energie, von der die deutschen Gewerkschaften erfüllt sind. Was nicht auf gutlichem Wege zu erreichen ist, muß erlämpft werden. Nur durch die stete Kampfbereitschaft vermögen die Gewerkschaften sich die Achtung vor dem Feinde und die Anerkennung der Gleichberechtigung zu erringen.

Es ist ganz natürlich, daß das Unternehmertum diesem immer mächtiger werdenden Gegner den entschiedensten Widerstand entgegenstellt und deshalb jede ihm geeignet erscheinende Gelegenheit benützt, durch Ausschaltung dem Feinde die Kraft zu brechen. Sei es, daß die Gewerkschaften zu einer für sie ungünstigen Zeit zur Arbeitseinstellung provoziert werden, oder man schreitet direkt zur Aussperrung. Jedoch auch mit diesem Gewaltmittel wurde bisher der Zweck nicht erreicht, und er wird auch nicht erreicht werden. Zwar ist nicht zu leugnen, daß einzelnen Organisationen infolge größerer Aussperrungen nicht zu unterschätzender Schaden zugefügt worden ist, doch der Schaden, welchen die Unternehmer dabei erlitten, war in der Regel noch größer, und die Lehre, die die Unternehmer daraus ziehen, ist zu erkennen an den Erfolgen der Bewegungen ohne Arbeitseinstellung.

Auch Aussperrungen können den Arbeitern noch zum Vorteil gereichen. Es wurden infolge von Aussperrungen erzielt an Arbeitszeitverkürzung für 1362 Personen zusammen 4416 Stunden pro Woche, an Lohnerhöhung für 6310 Personen zusammen 10 906 Mark pro Woche. Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 64 Fällen für 12 755 Personen. Das sind Niederlagen, die sich die Unternehmer durch rigoroses Vorgehen selbst zugezogen haben.

Bei den Bewegungen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen wurden die Differenzen beigelegt durch Unterhandlungen der Parteien direkt in 1379 Fällen, durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation in 265 Fällen, durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht in 55 Fällen, durch Vermittlung der Organisationsinstanzen in 1658 Fällen, durch Vermittlung anderer Personen oder Körperlichkeiten in 26 Fällen. Von den durch Vergleichsverhandlungen beigelegten Abwehrbewegungen fanden ihre Erledigung 69 durch Verhandlungen zwischen den Parteien direkt, 2 durch Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, 2 durch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht und 95 durch Vermittlung der Organisationsinstanzen. Bei den Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung ist also nur in 57 Fällen das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden.

Uebersichten wir zum Schluß noch einmal die Errungenschaften der gewerkschaftlichen Zentralverbände des Jahres 1906. Es wurde erzielt eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 3 1/2 Stunden pro Woche für 339 469 Arbeiter und Arbeiterinnen sowie eine Lohnaufbesserung von 1,57 Ml. im Durchschnitt pro Woche für 691 703 Personen. Dazu kommen noch die verschiedenen Verbesserungen der Fabrik-, Bau- oder Werkstattdingungen, die Beseitigung der Akkordarbeit, die Lohnzuschläge bei Nacht-, Sonntags- und Überstundenarbeit usw., sowie das, was durch Tarifabschlüsse früherer Jahre 1906 in Kraft getreten ist.

Wenn diese Erfolge zum Teil auch mit sehr großen Opfern erkauft werden mußten, so dürfen wir doch mit dem Gesamtergebnis wohl zufrieden sein.

Welche andere Art gewerkschaftlicher Organisationen hat auch nur ähnliche Erfolge aufzuweisen? Meine Statistik gibt Auskunft über Erregungsinstanzen der christlichen Gewerkschaften oder der Dürsch-Dundersen oder der Volalisten. Und wären solche Nachweise vorhanden, sie würden gar zu ärmlich aussehen, um mit den unsrigen in Vergleich gestellt zu werden.

Was aber ist es, das den Zentralverbänden diese Erfolge verschafft und sichert? Das ist neben der großen Opferwilligkeit und Disziplin der in den Zentralverbänden organisierten der Geist des Massenkampfes, der diese Organisationen durchweht. Der Geist, der nach dem Urteil der Volalisten unseren Organisationen ermangelt, der andererseits uns jedoch von den Christlichen und Dürsch-Dundersen zum Vorwurf gemacht wird. Die große Opferwilligkeit, die stete Kampfbereitschaft und ausdauernde Disziplin, die zur Erringung solcher materiellen Vorteile erforderlich sind, sind nur da vorhanden, wo die große Masse der Mitglieder von idealer Massenbewußtheit begeistert erfüllt ist. Das Massenbewußtsein ist es, das die Mitglieder der Zentralverbände nicht um Almosen betteln läßt, sondern ihnen den Rücken heilt und sie fähig macht, um ihre Rechte zu kämpfen und das Erkaufte zu verteidigen. Nicht um kleiner Augenblickeerfolge willen, die uns leicht wieder entziffen werden können, sondern um Erfolge von dauerndem Werte zu erringen, setzen wir unsere ganze Kraft ein. Deshalb muß auch der Kampf um dauernde Erfolge, als welche wir in erster Linie die Schritt um Schritt fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit betrachten, ein einheitlicher und selbstbewußter sein. Einen solchen Kampf führen die zentralisierten Gewerkschaften, ihre Taktik hat sich bewährt, auf dem eingeschlagenen Wege werden sie weiter marschieren und weiter kämpfen.

L. Brunner.

Wahlstände in Frankfurt a. M.

Die Löhne der städtischen Arbeiter sind unzweifelhaft ungenügende und entsprechen den gegenwärtigen Verhältnissen nicht im entferntesten. Daß eine Aufbesserung dringend notwendig ist, steht unumwunden fest. Wenn jedoch die Arbeiter Anhalt machen, sich aus ihrer Misere herauszubefrei, indem sie in geeigneter Form ihre Wünsche den zustehenden Instanzen unterbreiten, dann sieht man, wie groß das Entgegenkommen ihnen gezeigt wird. Nicht einmal einer Antwort werden sie gewürdigt. Als die Erhöhung der Gehälter dieser Herren selbst, welche als Deputierten für die einzelnen Betriebe in Frage kommen, in Angriff genommen wurde, haben es die Herren meißerhaft verstanden, dem städtischen Verwaltungsapparat ein möglichst schleuniges Tempo beizubringen. Daß sie es, wenn es sich um Arbeiter handelt, nicht so eilig haben, zeigt sich wieder deutlich bei den Hafenarbeitern. Diese reichten am 22. Juli d. J. in einer Eingabe mit ausführlicher Begründung folgende Forderungen ein: Für Arbeiter Anfangslohn 1 Mt., für Schaulster, Sackträger, Arvenführer und Handwerker 1,50 Mt., steigend jährlich um 10 Pf., bis zum Höchstlohn von 5 Mt. bzw. 5,50 Mt. Die Arbeitszeit soll auf neun Stunden täglich verkürzt werden. Weiter wird die Abschaffung des Prämienystems, welches als Antriebsmittel bekannt ist und die Bezahlung der Überstunden mit 33 1/2 Proz. verlangt. Daß die Bezahlung der Überstunden noch extra verlangt werden muß, gereicht nicht zum Ruhme der Hafenverwaltung, da der § 16 der allgemeinen Bestimmungen dies bereits vorschreibt.

Es wird gewiß, niemand sagen können, daß diese Forderungen zu hoch gegriffen seien und nicht erfüllt werden könnten. Die Hafenkommission, an welche diese Forderungen, die von fast allen Arbeitern unterzeichnet waren, eingereicht wurden, denkt ja vielleicht anders darüber. Zum besseren Verständnis sei jedoch noch hinzugefügt, daß dieser direkte Weg gewählt wurde, weil der Arbeiterausschuß schon zuvor von der Direktion mißachtet worden ist. Bei der Hafenkommission scheint man die Sache nicht für ernst zu nehmen, nicht das geringste über das Schicksal der Eingabe wurde bekannt.

Am 21. September beschäftigten sich die Hafenarbeiter erneut mit der Angelegenheit in einer Betriebsversammlung. Sie wählten eine Kommission von drei Mann, welche beauftragt wurde, eine jährliche Anfrage an die Hafenkommission zu richten, um endlich einmal zu erfahren, was man zu tun gedenke. In der Anfrage wurde noch einmal darauf hingewiesen, daß die Lebensmittelpreise inzwischen erneut gestiegen seien und infolgedessen die Existenzmöglichkeit stark bedroht sei. Auch auf die erhöhten Ausgaben, welche der Winter mit sich bringt, wurde aufmerksam gemacht. Diese Anfrage wurde am 2. Oktober eingereicht. Gehten ich bis jetzt noch nichts. Durch die Direktion ließ man den Unterzeichnern sagen, sie sollten ihre Wünsche durch den Arbeiterausschuß einbringen lassen. Die Verschleppungskomödie soll wohl nun noch einmal von neuem losgehen. Wenn man den Arbeitern etwas geben will, dann kann man das doch tun, ganz gleich auf welchem Wege sie ihre Forderungen erhoben haben. Aber darum handelt es sich gerade. Es fehlt der Wille, den Arbeitern auch nur einigermaßen entgegenzukommen. Oder will man die Arbeiter auf eine Geduldprobe stellen und vielleicht solange warten, bis die Arbeiter dann doch der Sache überdrüssig werden und andere Mittel ergreifen? Bald gewinnt es den Anschein, als soll es recht sein; die Arbeiter lernen wenigstens dabei erkennen, was sie von dem „Wohlvollen“ der Verwaltung zu erwarten haben.

Eine andere soziale Tat, um mit Herrn Stadtrat Hin zu reden, ist jedoch vollbracht worden. Die Hafenarbeiter und die Arbeiter an der Verbindungsbahn erhalten nämlich die abgetragenen Hosen und Strickjacken von den Straßenbahnern, wenn sie die Hosen mit 50 Pf. und die Strickjacke mit 50 Pf. bezahlen. Die Sachen befinden sich aber in einem Zustande, daß sie erst einer gründlichen Reparatur bedürfen, ehe sie zum Gebrauch fähig sind. Eine Reinigung haben die Sachen ebenfalls nicht durchgemacht, wie sie der Straßenbahner vom Leib gelassen hat, werden sie den Arbeitern angeboten, so daß es sich schon aus hygienischen Gründen nicht empfiehlt, die Sachen so ohne weiteres anzuziehen. Ganz ohne Zweifel tritt hierbei zutage, daß man an den alten abgetragenen Kleidungsstücken noch etwas verdienen will. Diese Art „Arbeiterfreundlichkeit“ ist denn doch in des Wortes weitestgehender Sinne sehr „fadenheimgiger“ Natur. Wenn man wirklich etwas tun will, dann mag man die Sachen an die Arbeiter verteilen. Ausgaben entstehen ja doch durch die Reinigung und Reparatur. In der heutigen Lage, in der sich die städtischen Arbeiter befinden, ändern solche Kleinigkeiten nichts; da müssen grundlegende Änderungen vorgenommen werden.

Sozialpolitik in Königsberg i. Pr.?

Am 20. Oktober fand im Lokal „Zur Kaiserin“ eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Gemeine Stadtv. Daase hatte hierzu das Material übernommen. Wir geben die auch allgemein unsere Kollegen interessierenden Stellen hier wieder: Für die Zusammenfassung des Magistrats ist die Stadt-

verordnetenmehrheit entscheidend. Diese wählt aber nur Leute hinein, die ihren Ansichten entsprechen. Der reaktionäre Geist vieler Stadtverwaltungen muß auf das preussische Dreiklassenparlament zurückgeführt werden, das 1848 dem Volke aufgezwungen wurde. Redner erklärte nun seinen Zuhörern die Bestimmungen dieses Wahlsystems und zeigte dessen Wirkungen an der Hand von Beispielen. Unter anderem: Rüsse doch selbst der Reichstangler in der dritten Klasse wählen, während manches unwissende Mutterföhrchen, welches Millionen ererbt habe, zu der ersten Wählerklasse gehöre. Wenn auch das Stadtverordnetenwahlrecht nicht ganz so schlimm sei, wie das elendeste aller Wahlsysteme, das preussische Dreiklassenwahlrecht, so entscheide doch auch hier im wesentlichen der Geldsack. In Königsberg haben 358 Wähler der ersten Klasse genau soviel Wahlrecht wie 3000 Wähler der zweiten Klasse oder 19 637 Wähler der dritten Klasse. Es sei mithin Leuten, die oftmals ohne eigenes Zutun über den nötigen Rahmen verfügen, ein 53mal größeres Wahlrecht eingeräumt als Kleinbürgern, Handwerkern und Arbeitern, die von früher Jugend an fleißig für die Gesellschaft tätig waren. Will die dritte Klasse Abgeordnete durchbringen, so muß sie fest zusammenstehen. Die öffentliche Stimmengabe hält aber verschiedenlich Arbeiter ab, sich an der Wahl zu beteiligen. Man fürchtet einen Trud von Seiten der Arbeitgeber. Eine solche Anschauung ist aber bezüglich der städtischen Arbeiter nicht berechtigt, da von Magistratsseite feierlich erklärt worden ist, daß den städtischen Angestellten und Arbeitern die politische Meinung und Betätigung freistehen. Allerdings gäbe es auch Leute, denen diese Erklärungen ein Dorn im Auge seien, er, Redner, erinnere an den Fall Meise, der entlassen wurde, weil er in seiner dienstfreien Zeit einige Handzettel verteilte, während Direktor Mobbert bei der gleichen Agitation für Gehling sehr nachsichtig war. Doch sei auch dafür gesorgt, daß die Räume des Herrn Mobbert nicht in den Himmel wachsen. Ferner erläuterte Gen. Daase die rechtlichen Bestimmungen zur Stadtverordnetenwahl und die Maßnahmen des Magistrats, die Tausenden von Arbeitern das Wahlrecht koste. Bevor die Sozialdemokraten in das Stadtparlament einzogen, hatte man kein Verständnis für Arbeiterforderungen, und selbst später rief ein gewesener Stadtverordneter den Sozialdemokraten zu: „Was wollen die Herren eigentlich, Sozialpolitik treiben wir hier nicht“. Ganz erstaunt stellte man sich, als am 14. Mai 1902 die Sozialdemokraten eine Aufforderung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter forderten. Bezeichnenderweise ließ sich der Magistrat mit dieser Aufforderung 16 Monate Zeit. Auf den im März 1902 gestellten Antrag, die Löhne der Feuerwehrlente zu regulieren, wurde unseren Genossen entgegengehalten, die Feuerwehrlente seien ja so zufrieden, und nur die bösen Sozialisten suchten sie unzufrieden zu machen. Weitere 1902 zugunsten des Fahrpersonals und der Gasarbeiter gestellte Anträge wurden von der liberalen Stadtverordnetenmehrheit übel vernimmt. Dasselbe konnte 1903 konstatiert werden, als unsere Genossen einen Antrag einbrachten, den städtischen Arbeitern 30 Pf. Mindestlohn pro Stunde zu zahlen. Auf die Forderungen der Arbeiter 1906/07 hin hat der Magistrat eine Lohnregelung vorgenommen, welche die Handwerker in drei Klassen scheidet, in angelernte Arbeiter, Handwerker mit Gesellenzeugnis und gehobene Handwerker mit Gesellenzeugnis. Dies konnte ihm, Redner, wie in China vor, wo der eine eine gelbe Jade, der andere eine rote und dito Federn tragen müsse usw. Bei der Wahl eines Stadtrates habe der Magistrat gefordert, Bewerber müsse zwei Zeugnisse haben, worauf von bürgerlicher Seite die Antwort erfolgte, warum müsse er immer abgefeimpt sein. So mancher Dummkopf sei durch die Examen geübt worden, während mancher aus Mangel an Mitteln die Examen nicht machen konnte und doch besser leiste. Ähnlich ist es bei den Handwerkern. Ein ehemaliger Arbeiter, John Purus, sei in England Kammer, in Königsberg würde er höchstens angelernter Arbeiter sein. Wenn der Magistrat den Anknüpfungen die Rechnungen schicke, frage er auch nicht danach, ob sie von angelernten Arbeitern, Handwerkern mit Gesellenzeugnis oder gehobenen Handwerkern mit Gesellenzeugnis ausgeführt seien, er berechne dafür den gleichen Betrag, demzufolge gebühre den Arbeitern auch der gleiche Lohn. Die Löhne der übrigen Arbeiter seien gleichfalls berechtigt und sollten bemittelt werden. Habe doch der Magistrat selbst anerkannt, daß alle Bedürfnisse im Preise gestiegen seien, nur wolle er aus dieser Anerkennung die Konsequenz nicht ziehen. Für die Arbeiter fehle eben das Geld. Vor 5 1/2 Jahren wurde für die Laak ein Volkshaus zu errichten beantragt, die Ausführung wartet aber heute noch auf sich. Der Antrag auf Errichtung eines Preisabodes für Unbekanntliche tat der Überbürgermeister mit der Erklärung ab, es sei ein Geschenk für die Arbeiter, und im Zeichen müsse man vorichtig sein. Dasselbe Verdict kommt aber nicht in Frage, wenn es sich um reiche Leute handelt, wie bei der Errichtung der Stadthalle, bei Jubiläumfeiern und dem Besuch von Staatsgästen ebenfalls ist. Die Reichen seien dagegen weniger freigebig, dies habe sich so recht gezeigt, als sie sich der Mangelbeute zur Errichtung eines Zanglingsbrennens geübt hätten. Man wolle durch Gaben im Zeichen jedoch nicht die Unbilligkeit fördern. In der willkürlichen Unbilligkeit, wie sie der Gärtenprozeß entrollt habe, nehme man keinen Anstoß.

Zum Schluß flüchtete Redner nochmals kurz die großen Aufgaben des Staates und der Kommune den Arbeitern gegenüber. Erreicht könne das Ziel nur werden, wenn die Arbeiter bei der Stadtverordnetenwahl unerschrocken ihre Pflicht erfüllen und Sozialdemokraten wählen und ferner sich in ihrem Berufsverbände zusammenschließen. Man wird die Forderungen der städtischen Arbeiter nur dann entgegenkommend behandeln, wenn die Mehrheit der Arbeiter hinter den Forderungen steht und in einem machtvollen Verbände zusammengeschlossen ist.

Kölner Brief.

Mit Beginn des Winters regt sich auch wieder mehr unter der Kollegenschaft. Es ist dies auch sehr notwendig, barren unserer doch wichtige Aufgaben. Am Mittelpunkt der Bewegung steht das Streben um eine zeitgemäße Umänderung der Allgemeinen Arbeitsordnung, in Köln Allgemeine Bestimmungen. Eine einheitlich gehaltene Eingabe ist bereits eingereicht von den Arbeiterausschüssen der Gasanstalt, der Gas- und Wasserwerke, der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen Gruppe B. Andere dürften wohl unterdessen gefolgt sein. Aus den verlangten Umänderungen ergaben sich folgende Forderungen: Streichung des Abtates, wonach Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr eingestellt werden dürfen; Vierung von Schutzkleidern; Geldstrafen sollen die Höhe von 50 Pf. nicht übersteigen; bei Umänderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen die Arbeiterausschüsse gehört werden; Gewährung von Jahrgelagen für die von ihrer Werkstätte entfernt beschäftigten Arbeiter; Gewährung eines Zuschlages für das Mittagessen; Einführung einer vierzehntägigen Lohnperiode für alle Betriebe; Gewährung des 50proz. Zuschlages für alle nicht in den Dienstplan fallenden Nachtarbeiten; Gewährung der Unterstufungen und des Sommerurlaubes nach einem anstatt nach drei Dienstjahren; Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage; Schaffung einer Beschwerdef Kommission; Zentralisierung der Arbeitervertretung in der Weise, daß die Ortsmänner der Arbeiterausschüsse einen Generalarbeiterausschuß bilden, der unter Einzigung der Organisationsvertreter tagt. Weitere Anträge sind nicht von Belang.

Unsere lieben Freunde von der „christlichen“ Seite mögen die Arbeiterausschüsse nicht leiden — weil sie selbst mit den von ihnen bestellten (Straßenbahn-Fahrpersonal und Fuhrpark) nichts anfangen können. Der christliche Verband mußte selbst zugeben, daß der Ausschuß A der Straßenbahn (Fahrpersonal), worin durchweg Mitglieder dieses Verbandes sitzen, selbst Verschlechterungen zustimmte, „im Bewußtsein der Abhängigkeit“. Der christliche Verband beschränkt sich fernerhalb auf eine „Denkschrift an das Oberbürgermeisteramt und an das Stadtverordnetenkollegium“. In dieser wird ebenfalls die Umänderung der „Allgemeinen Bestimmungen“ verlangt. Die Annahme eines Arbeiters soll zur Voraussetzung haben, daß er das 15. Lebensjahr (jezt 10 Jahre) nicht vollendet hat und daß er in der Stadt oder in einem der eingemeindeten Vororte wohnt. Wir können dieser Forderung nicht zustimmen. Es jnzt übrigens von wenig Logik, wenn der „christliche“ Sekretär Kaasch, der die Denkschrift unterzeichnet, es auf der anderen Seite für ganz in der Ordnung hält, daß an städtischen Bauten Ausländer beschäftigt werden. Wir meinen, die Arbeiter der Außenorte sollten uns mindestens so nahe stehen, wie die Italiener, Kroaten usw., die lediglich des Lohndruckes wegen herangezogen werden. Dann möchten wir auch gerne einmal wissen, wie die „christlichen“ Verbände es mit der christlichen Lehre vereinbaren wollen, daß Arbeiter von mehr als 45 Jahren der Stadt nicht mehr eingestellt werden sollen. Was sollen denn Arbeiter tun, die das 15. Jahr überschritten haben und ihre Stelle verloren haben? Sollen sie verhungern, oder sollen sie sich einen Strick kaufen?

Weiter fordert der christliche Verband, daß Geldstrafen nicht die Höhe von 50 Pf. übersteigen. Ebenso wird die Gewährung der sich aus dem § 18 ergebenden Vergünstigungen nach einem Dienstjahr verlangt. Keiner will die Anerkennung der Organisation geordert. Ein Anfangslohn von 3,50 Mk. wird als unbedingte Voraussetzung. Die Steigerung des Lohnes soll gleichmäßig gehalten, der der Arbeiter mit dem der Mitglieder gleich gestellt werden. Der Lohn soll bis zu 150 Mk. monatlich liegen. Nur die Schaffner und Fuhrer der Straßenbahn wird ein Anfangslohn von 100 bzw. 115 Mk. monatlich beantragt, mit einer Steigerung von minimal 1 Mk. und dann jnztmal 3 Mk. pro Monat und Jahr bis zum Höchstlohn von 135 Mk. bzw. 150 Mk. nach zehn Jahren. Die Bezahlung der Feiertage wird nicht beantragt, ebenso nicht die vierzehntägige Lohnperiode. Zuletzt wird noch die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der niedergelegten Wünsche verlangt.

In der Vergangenheit finden wir ein offenes Wort, das sich zu den Veranlassung haben. Neben die „Erfolge“ der Christlichen bei den Straßenbahnen hat man uns eben wie er zählt, um der Herr Funder, ehemaliger Straßenbahner in Köln und jetziger Sekretär der Christlichen, identisch eigens zu dem Zwecke angeheißt zu sein, diese „Erfolge“ in aller Welt zu veründen, wie er dies in Köln, Frankfurt, Heddinghausen usw. tat. Auf

Seite 11 der „Denkschrift“ wird uns ausgerechnet, daß trotz aller „Erfolge“ der effektive Anfangslohn eines Schaffners 2,87 Mk. beträgt. Auf solche Erfolge können die Christlichen stolz sein.

Die Forderung, nur Arbeiter, die in Köln und den eingemeindeten Vororten wohnen, zu beschäftigen, wird damit begründet, daß dies nicht nur im Interesse der Arbeiter und der Stadtverwaltung, sondern auch im Interesse der Landwirte, welche vielfach über Leutenot klagen“, läge. Das fehlt gerade noch, daß die Gewerkschaftschriften den Agrariern Zutreibdienste leisten. Wie sich dies mit dem gewerkschaftlichen Standpunkt vereinbaren läßt, bleibt uns ein Rätsel. Jedenfalls will Herr Kaasch den Beweis erbringen, daß es ihm gar nicht darauf ankommt, wichtige gewerkschaftliche Grundzüge zu wahren.

Mit dem im Gemeindearbeiterverband organisierten städtischen Arbeitern zusammenzugehen, lehnt Herr Kaasch (nicht die christlich organisierten Kollegen) ab, und zwar aus begrifflichen Gründen. Zunächst kann er dabei kein Geschäft machen, zum zweiten will er sich ohnehin in empfehlende Erinnerung bringen. Der Grund, mit dem Kollegen Gauweiler Schäfer nicht zusammenarbeiten zu können, weil dieser einmal die Mitgliederzahl nicht genau angegeben haben soll, ist purer Schwundel. Hebrigen sind es gerade die Herren Kaasch und Funder, die immer und immer wieder von ihren 1000 Straßenbahnern die Welt betügen, wobei der christliche Verband bestenfalls 200 derselben als zahlende Mitglieder aufweist. Auf der Suche nach Bundesgenossen ist man nun glücklicherweise auf eine Anzahl Luerlöpfe gestoßen, die sich wohl Arbeiterausschußmitglieder nennen dürfen, einer Organisation aber nicht angehören. Hier ist ein Geschäft zu machen! denkt Herr K. und die Bundesbrüderschaft wird geschlossen. Die Geschäfte hat aber einen Haken insofern, als diese unorganisierten Arbeiterausschußmitglieder die Forderungen des Gemeindearbeiterverbandes für ganz vernünftig halten und wünschen, diese noch in die „Denkschrift“ der Christlichen aufgenommen zu sehen. Herr K. stutzt. Er ist sich bewußt, daß dies, da seine „Forderungen“ in der „Denkschrift“ den Weisungen seiner guten „Beziehungen“ entsprechen, nicht ohne weiteres geht, um so mehr nicht, als diese Forderungen ja vom roten Gemeindearbeiterverband stammen. Diese selbstverständlichen Erwägungen werden aber von dem in Aussicht stehenden guten „Geschäft“ über den Haufen geworfen, Herr K. sagt zu und fertig ist die Kiste. Jetzt fehlt nur noch, daß das Geschäft zum Abschluß gelangt, d. h. daß die bisher indifferenten tolscheuen Arbeitervertreter dem christlichen Verbände beitreten — und derselbe ist um einen „herrlichen Erfolg“ reicher.

Notizen für Gasarbeiter.

Kübed. Am hiesigen Plage ist seit dem 1. April 1906 der Dreischichtwechsel, also der Achtstundentag, für Ofenarbeiter eingeführt, die Kollegen finden jedoch, daß sich mit der Zeit eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse geltend gemacht hat. Immer und immer wieder wird ihnen zugemutet, mehr Arbeit zu leisten und geringeren Lohn zu empfangen. Bei den jährigen Keuerlöfen werden je zwei von einem Mann bedient. Wenn aber 3 Ofen, dann müssen die beschäftigten zwei Mann auch noch den fünften mitbesorgen. Die Arbeit an den geraden Ofen wird mit ähnlicher Sparsamkeit ausgeführt. Wegen früher, wo der Zweischichtwechsel herrschte, ist eine effektive Herabsetzung der Arbeitsleistung nicht eingetreten, das Gegenteil kann vielmehr festgestellt werden. Bessere Bezahlung der Feuerpararbeit findet nur noch für Sonntag statt. Die bisher besser entschädigten Feiertage, wie Maxfreitag, zweiter Oster und Pfingstfeiertag, werden jetzt als Wochentag gerechnet. Der Arbeiterausschuß, welcher auch gleichzeitig Vorstand der Krankenkasse ist, funktioniert so gut wie gar nicht. Die von den Kollegen beschlossene Eingabe hat er weder weitergegeben noch vertreten. Es wurde deshalb in der Besprechung der Gasarbeiter vom 29. September und 7. Oktober die Lage der Dinge behandelt sowie eine Reihe Beschwerden gegen den Vorarbeiter Nieder vorgetragen. Das Resultat dieser Sitzungen war die einstimmige Wahl einer viergliedrigen Kommission zur Vertretung nachstehender Forderungen: 1. Festsetzung der regulären Arbeitszeit der Plabarbeiter von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. 2. Zustimmung einer Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde für Maschinen-, Sandwerler und Plabarbeiter und von 50 Pf. pro Schicht für Decker. 3. Gewährung eines Zuschlages von 25 Pf. für nach 8 Uhr abends gereichte Heberstunden und von 50 Pf. für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen. 4. Den Deckern, welche bisser auf je zwei Ofen einen Mann erhalten, auch schon beim 3. und 7. Ofen je einen Mann mehr zu stellen. 5. Regelung der Schichtabteiler. 6. Anbringung einer Schmutzvorrichtung auf der Schicht bei Arbeit und Anweisung, daß beim Abstellen der Klappen nach Gebrauch regelrecht zu schließen werden. 7. Anerkennung eines von allen Arbeitern gewählten Arbeiterausschusses.

Sollingen. Das Vertriebspersonal der Gasanstalt ist in eine Bewegung zur Erringung des Achtstundentages eingetreten. Eine am 25. Oktober stattgefundene Versammlung beauftragte den Arbeiterausschuß, diesbezügliche Schritte zu unternehmen. Hoffen wir, daß den Kollegen voller Erfolge wird

Aus den Stadtparlamenten.

Schneeberg. Der letzte Stadtverordnetenversammlung lag wiederum ein Antrag der liberalen Fraktion vor: „Die bestehende Deputation für den Arbeitsnachweis ist baldmöglichst in ein städtisches Arbeitsamt zu verwandeln. In das Arbeitsamt sind neben Vertretern der städtischen Körperschaften Arbeiter und Arbeitgeber als stimmberechtigte Mitglieder zu wählen. Das Arbeitsamt soll u. a.: a) den Arbeitsnachweis, die geplante Rechtsauskunftsstelle und ein zu schaffendes Wohnungsamt verwalten; b) alle in Interesse der städtischen Arbeiter getroffenen Einrichtungen überwachen und nötigenfalls verwalten; c) den Arbeiterschutz im Submissionswesen überwachen; d) die bestehenden Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungs-gesetze ausführen bezw. ihre Ausführung überwachen, soweit sie durch andere Organe erfolgt; e) alle Vorlagen begutachten, welche das Interesse der arbeitenden Bevölkerung in erheblichem Maße berühren; f) Initiativanträge zur Hebung der Lage der arbeitenden Bevölkerung stellen; g) Erhebungen über die Lage der arbeitenden Bevölkerung veranlassen oder veranstalten.“ Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Aus unserer Bewegung.

Armen. Einen brutalen Streich verübte unter Sanktion der Stadtverwaltung die Inspektion; sie entließ unseren Vorjüngling W. Wegfahrt, Mitglied des Arbeiterausschusses, angeblich wegen dessen Weigerung, seine privaten Schulverhältnisse zu ordnen, fälschlich aber wegen dessen mannhafte Eintreten für die Interessen der städtischen Arbeiter. Kollege W., der das Unglück hatte, infolge Erkrankungen in der Familie seinen Zahlungen einem Abzahlungsgeschäft gegenüber nicht nachkommen zu können, war 10 Jahre in der Gesamtzahl beschäftigt, während welcher Zeit er nicht ein einziges Mal disziplinarisch bestraft wurde. Er hat 6 Kinder unter 14 Jahren zu ernähren. Noch am Tage vor seiner Entlassung wurde er im Betriebe infolge Ausdünnung giftiger Abgasgase arbeitsunfähig. Nur seiner gesunden Körperkonstitution hat er es zu verdanken, daß er bald wieder wohl auf war. Wäre er ernstlich krank geworden, wir befürchten, die Verwaltung hätte ihm den Abfuhrstein auf's Krankenbett gelegt. Diese Feststellung möge für heute genügen. Hervorzuheben ist noch, daß ein weiteres Arbeiterausschussmitglied entlassen wurde, angeblich weil es sich weigerte, einen Auftrag auszuführen. Dabei vergah dieser Kollege, den Retortenpfop von einigen Tropfen Teer zu befreien.

Berlin. Am 20. Oktober tagte eine öffentliche Versammlung der Wasserwerksarbeiter. Den Vortrag hielt der derzeit in Berlin weilende Gauleiter Kollege Sebald-München. Er sprach über „Unsere Bewegung und Ziele in Süddeutschland.“ Unter anderem streifte er die Funktionen der dortigen Arbeiterausschüsse und teilte mit, daß dieselben sich nicht in allen Städten Süddeutschlands bewähren. Wo es nicht angebracht ist, so auch speziell in München, verhandelt der Gewerkschaftsführer die Forderungen der Arbeiter mit den städtischen Körperschaften persönlich und hat dabei gute Erfolge erzielt. Mit Recht ermahnte Kollege Sebald die Berliner städtischen Arbeiter, noch viel reger für den Verband Hand in Hand zu arbeiten, damit endlich unsere berechtigten sozialen Forderungen zum Durchbruch gelangen. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß demnächst bald eine Arbeiterausschussprüfung einberufen werden soll, die sich mit der durch die vorige Lohnregelung erfolgten Verschiebung der Altersstufen zu befassen hat, da eine Anzahl Kollegen hierdurch geschädigt sind.

Bremmerhaven. Am Mittwoch, den 23. Oktober, fand hier eine Mitgliederversammlung bei Schlüter, Deichstraße, statt. Kollege Reichner referierte über „Die deutschen Stadtgemeinden als Arbeitgeber.“ Nach dem Vortrag entspann sich eine lebhafteste Diskussion. Es wurde allseitig betont, daß die Unterwerferte sozialpolitisch recht rückständig sind. Der Ortsverwaltung wurde der Vorwurf gemacht, daß die Agitation nicht eifrig genug betrieben wird. Es muß künftig mehr agitiert werden und mehr Vertrauensmännereignungen stattfinden, damit auch die Vertrauensmänner immer mehr zur Mitarbeit herangezogen werden. Nur durch eine gute und starke Organisation können auch hier Verbesserungen geschaffen werden. Ferner wurde noch über recht arge Mißstände geklagt. Namentlich bei der Abfuhrankunft. Der Verwalter führt dort ein recht selbsterleuchtetes Regiment. Dieser Herr hat dafür gesorgt, daß unsere Vorstandsmitglieder sämtlich von der Abfuhranstalt entfernt wurden. Viel leicht glaubt er im Sinne des Herrn Stadtrats zu handeln, der zu unseren Kollegen sagte: „Sie dürfen sich wohl organisieren, aber dann können wir Sie hier nicht beschäftigen.“ Diese Worte sind allerdings hinterher wieder anders formuliert, aber gehandelt wird trotzdem im Sinne obiger Worte. Der Herr Verwalter hat ja auch ein großes Zündendregister, wo er nicht immer im Interesse der Stadt gehandelt hat. Es wurde aber beschlossen, davon Abstand zu nehmen, gegen den Verwalter vorzugehen, da die bei der Abfuhrankunft Beschäftigten fast alle dem Verwalter nicht mehr an-

gehören. Wenn die dort Beschäftigten mit den Zuständen, die dort herrschen, zufrieden sind, dann haben die übrigen auch kein Interesse daran, sich mit den dortigen Verhältnissen zu beschäftigen. Ferner wurde dem Vorstand anbeimgesprochen, zu den Versammlungen Laufzettel zu verteilen, damit der Versammlungsbesuch ein besserer wird. Auch in Lehe und Geestemünde muß mehr agitiert werden, damit die Organisation auch in diesen beiden Orten sich ausbreitet. Ebenso müssen die in Bremerhaven beschäftigten bremischen Staatsarbeiter der Organisation zugeführt werden. Am Schluß wurden noch einige unwesentliche Sachen erledigt.

Eisenach. Die heutige Zentrale hielt am 20. September eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Berthold-Leipzig referierte über: „Was lehren uns die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter?“ In seinem Referat führte er den Anwesenden vor Augen, daß auch innerhalb des letzten Jahres die Gemeinbearbeiter eine Reihe Kämpfe durchgeführt hätten, bei denen es sich häufig um Vernichtung des Koalitionsrechtes handelte oder um Abkommandierung von städtischen Arbeitern zu Streikbrecherdiensten. Er forderte am Schluß die Anwesenden auf, weiter für den Ausbau der Organisation zu sorgen, um gegebenenfalls mit Energie für bessere wirtschaftliche und soziale Forderungen eintreten zu können. Im Verschiedenen wurde Mitteilung gemacht, daß im städtischen Gas- und Wasserwerk eine Rentenkasse eingeführt werden soll, auch ein Arbeiterausschuss soll in Funktion treten. Wie diese Rentenkasse beschaffen sein wird, konnte leider noch nicht verraten werden. Eine Anfrage wollen wir uns denn doch gestatten: Warum soll diese Rentenkasse nicht für alle Arbeiter eingeführt werden, sondern bloß für das Gas- und Wasserwerk? Will man damit Uneinigkeit unter die städtischen Arbeiter säen? Wir halten es für die Pflicht der Stadtverwaltung, irgendwelche Vergünstigungen in sozialer Fürsorge nicht nur für einen Teil einzuführen, sondern für alle städtischen Arbeiter. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß nur durch ein geschlossenes Ganges die wirtschaftliche wie soziale Lage der Arbeiter verbessert werden kann. Die Versammlungen verpflichten sich, auch fernerhin treu zum Verband zu halten und die noch fernstehenden demselben zuzuführen.“

Eberfeld. Am 25. Oktober fand bei Leithäuser eine Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde die Quartalsabrechnung gegeben. Kollege Kaul erstattete Bericht über Einnahmen und Ausgaben und den Stand der Zentrale. Es soll die Abrechnung in der nächsten Mitgliederversammlung nochmals zur Verlesung kommen, weil die Revisoren nicht erschienen waren. Dann erstattete Kollege Grabs Bericht von der Gaukonferenz. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für die Anstellung eines Lokalbeamten für Möhn aus; jedoch soll die heutige Zentrale die Kosten nicht mit decken. Unter Verschiedenem hüllte Kollege Kaul den Antrag, unserem kranken Mitgliede eine einmalige Unterstützung zu gewähren. Es wurden demselben 20 Mk. bewilligt. Ein Antrag des Kollegen Willetat, dem Wahlfonds für die Stadtverordnetenwahlen 20 Mk. zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. — Zum Schluß wurde über ein am Neujahrstage abzuhaltendes Fest debattiert. Es wurde beschlossen, die Sache auf die nächste Versammlung zu verlagern. Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Hencke schloß derselbe die Versammlung.

Frankfurt a. M. Am Sonntag, den 27. Oktober 1907, nachmittags 3½ Uhr, hielt die heutige Zentrale ihre ordentliche, gut besuchte Vierteljahresversammlung im Gewerkschaftshause ab. Ueber das abgelaufene 3. Quartal berichtete der Vorsitzende Kollege Schneider und besprach noch einmal kurz die wichtigsten Vorkommnisse. Den Massenbericht erstattete Kollege Dienert. Kollege Purka erdankte dem Kassierer für seine Arbeit und beantragte, Decharge zu erteilen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Zur diesjährigen Etatsberatung sollen Forderungen eingereicht werden. Um nun die Wünsche aller Kollegen kennen zu lernen, werden in den einzelnen Betrieben Vorgesprächen abgehalten. Hoffentlich sorgen die Frankfurter Kollegen für einen guten Besuch derselben, denn Beharrlichkeit und Einigkeit führen nur zum Ziel. Unter Eingänge wurde nochmals auf das Schreiben vom Hauptvorstand hingewiesen, betr. Protokolle, Malender und Schulbüchsen für die neuen Mitgliedsbücher. Bestellungen nehmen sämtliche Untertassierer sowie der Vorsitzende entgegen. Auf einige Mißstände sei noch besonders hingewiesen: Das Testbaumeistertum läßt wieder verschwendete Arbeiter, welche schon drei und vier Jahre beschäftigt sind, 8 Tage oder noch länger aussetzen, damit die Arbeiter nur ja nicht ständig werden. Den unständigen Arbeitern zieht dieselbe Verwaltung den Lohnzusatz von 20 Pf. ab. (Lohn 3,20 Mk. Anfangs, Zuschlag 20 Pf.) Die Verwaltung ist jedenfalls der Meinung, im Winter braucht der Arbeiter weniger, die Arbeiter denken gerade „das Gegenteil ist der Fall“. Erst wird ausgezahlt und dann noch 20 Pf. Abzug. Das ist die vielgepriesene „Sozialpolitik“ der reichen Stadt Frankfurt. Zum Schluß wurde vom Vorhitzenden noch auf den Wert der Arbeiterpresse hingewiesen, denn Organisation und Presse sind unsere besten Waffen!

Salle a. E. In einer stark besuchten öffentlichen Versammlung unserer Filiale sprach am 25. Oktober Stadtverordneter A. D. Thiele über: „Die Stadtverordnetenwahlen und die Stellungnahme der städtischen Arbeiter zu denselben“. In der recht lebhaften Debatte wurden eine ganze Anzahl offenerer Mißstände in den städtischen Gewerkschaften zur Sprache gebracht. Es scheint sich da allerlei Willkür eingebürgert zu haben, die gewisse Unterbeamten sich herausnehmen und die nur möglich sind, wenn die Oberleitungen nicht ihre Augen offen halten. Es würden die Mißstände in den Stadtverordnetenwahlen zur Sprache gebracht werden müssen, wenn nicht für Abhilfe gesorgt wird. Manche Berufsbeamte scheinen sich nicht zu der Auffassung entwickeln zu können, daß der städtische Arbeiter genau in demselben Maße das gesetzliche Koalitionsrecht genießt wie jeder andere Industriearbeiter. — Welche wertwürdige Auffassung nach dieser Richtung besteht, ließ der anwesende Polizeibeamte erkennen, der nach Beendigung der Versammlung den Leiter derselben ganz harmlos fragte, in welchem städtischen Betriebe er beschäftigt sei. Natürlich verweigerte der Befragte, nicht aus Furcht, sondern aus Prinzip, die Antwort, weil das Polizei nichts angehe. „Ich weiß schon, auf Gasanstalt I,“ erwiderte der Beamte. „Ist der erste Bürgermeister Dr. Rive mit diesem Verhalten des Beamten einverstanden? Wenn nicht, so wird dem letzteren die nötige Instruktion zu erteilen sein. Am Schluß der Versammlung ging folgende Resolution ein: „Die heute am 25. Oktober in der „goldenen Kette“ tagende öffentliche Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht, bei der Stadtverordnetenwahl Mann für Mann für die Sozialdemokratie einzutreten. Weiter verpflichten sich die städtischen Arbeiter, soweit sie noch nicht dem Verband der Gemeindearbeiter angehören, sich denselben anzuschließen und vereint für Verbesserung unserer Lage zu kämpfen.“

Danzig. Am 11., 12. und 13. November finden unsere Stadtverordnetenwahlen statt. Es werden aus: W. Hoch, Dr. Wagener, Graf und Kulam. Pflicht eines jeden organisierten Kollegen ist es, mitzubekommen bei der Wahlarbeit und eifrig zu agitieren, damit die Arbeitervertreter sich reich aus dem Wahlkampf hervorgehen.

Kiel. Am Sonntag, den 13. Oktober 1907, fand im Gewerkschaftshaus eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde auf die zur Winterpause arrangierten Arbeiter-Bildungskurse hingewiesen und den Mitgliedern empfohlen, daran regen Anteil zu nehmen. Hierauf wurde die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen. Mit dem vom 2. Quartal übertrageneu Kassenbestand von 511,23 Mk. war eine Einnahme von 3117,33 Mk. und eine Ausgabe von 2204,93 Mk. zu verzeichnen, so daß also Kassenbestand 1212,60 Mk. verblieben. Am Schluß des 2. Quartals waren 108 männliche und 16 weibliche Mitglieder vorhanden. Letzterer Bestand ist 396 männliche Mitglieder. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Hierauf erfolgte der Quartalsbericht. Sodann wurde der Arbeiterauschuss beauftragt, bei dem Stadtrat Forderungen wegen Ergänzung der ausgeschiedenen Ausschussmitglieder vorstellig zu werden. Weiter entspann sich eine lebhaftere Debatte über eine Angelegenheit der Witer Gasanstalt. Seitige Klagen wurden über die im Straßenreinigungsbetrieb vorhandenen Mißstände geführt. Trotzdem vom Vorgesetzten versprochen worden ist, die Mängel abzuhelfen, bleibt alles beim alten. Unter anderem befindet sich im Wasdraum der Arbeiter eine Zielöffnung, aus der der Wasserdampf so stark herausströmt, daß der ganze Raum in dichten Nebel gebüllt ist. In diesem Raum grenzt das Gefäß, das zum Umziehen und zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke dient. Auch dieser Raum wird durch den ausströmenden Dampf in Mitleidenschaft gezogen. Kommen nun die Arbeiter, um sich umzugeben, so finden sie ihre Kleider vor, wie aus dem Wasser gezogen. Daß das der Gesundheit schädlich ist, kann wohl nicht bestritten werden. Ferner ist schon des öfteren die Belüftung der Mofetts erörtert worden, doch ist auch in dieser Hinsicht bisher nichts geschehen. Weiter ist schon verschiedentlich beklagt worden, daß eine Einrichtung fehlt, die es den Arbeitern ermöglicht, ihr mitgebrachtes Mittagessen aufzuwärmen. Meistens sind die Leute gezwungen, das Essen kalt zu verzehren. Da nun das Verpfänden wohl ehlich, das kalte aber beschwerlich ist, sieht die Versammlung sich gezwungen, an die Verantwortlichen zu appellieren.

Leipzig. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiter der Thüringer Gasanstalten fand am 18. Oktober im großen Saale des Volkshauses statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken des verstorbenen Genossen Wöckeler gelehrt. Genosse Stadtverordn. Frenzel hielt sodann einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Leipzig in seiner Entwicklung zur Großstadt“. Der Referent schildert in ausführlicher Weise, wie Leipzig sich insbesondere in den letzten Jahrzehnten zur Großstadt entwickelt hat. Hauptächlich hebt er hervor, daß die Löhne in fast allen Berufen zu den Leistungen entsprechend geringe seien, und könne er versichern, daß er und seine Freunde im Volksganzen alles daran setzen werden, um die soziale Lage der Arbeiter verbessern zu helfen. Vor allem sei aber notwendig, daß sich die Arbeiter in ihrer Organisation

rührten, damit auch jegliche erforderliche Arbeit wie drüben mit Erfolg begonnen werden könne. In der sich anschließenden Diskussion, die sich im Sinne des Referenten betrug, wird betont, daß sich der Rat hier noch nicht dazu an Reschlüssen habe, den ortsüblichen Tagelohn allen Arbeitern zu gewähren. So z. B. erreichen die Gartenarbeiter mit 27 Pf. Lohn und die Straßenreiner mit 38 Pf. bei 8stündiger Arbeitszeit denselben nicht. Auch bei den Friedhofsarbeitern sei bei 7 1/2 Arbeitszeit der ortsübliche Tagelohn bei dem jetzigen Anfaß-Lohn noch nicht erreicht. Es erfolgte sodann die Verlesung der Abrechnung vom 3. Quartal, die in Einnahme und Ausgabe mit 4144 Mk. rund bilanziert. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Decharge erteilt. Beschlossen wird weiter, ein Winterfest abzuhalten und fünf Kollegen werden bestimmt, die die Vorarbeiten dazu zu erledigen haben.

Mühlhausen i. G. Am 23. Oktober lagte i. Lokale Weingorn eine sehr gutbesuchte Mitgliederversammlung, in welcher die Abrechnung vom 3. Quartal bekanntgegeben wurde. Einnahmen: 1224,30 Mk.; Ausgaben: Hauptvorstand 927,80 Mk., Lokalfasse 124,80 Mk., so daß ein Lokalfassenbestand von 206,98 Mk. verbleibt. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Der Mitgliederbestand beträgt jetzt 327. Nachdem erteilt der Vorsitzende unserm Gauleiter, Kollegen Bürker, das „Wo“ zu einem Referat über „Die Ausführungsbestimmungen der Verbandslosenunterstützung“. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Danach forderte unser Vorsitzender sämtliche Mitglieder auf, sich noch nicht an der Agitation für den Verband zu beteiligen. Im Verschiedenen“ wurde noch beschlossen, im Laufe der nächsten Woche drei Ressortversammlungen abzuhalten.

Rürnberg. Am 27. Oktober hielten die Rürnberger Kollegen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, „Historischer Hof“, ab. Zunächst wurde der Jahresberichtsbericht entgegengenommen. Erfreulich ist der Kassenbestand zu nennen. Er hat sich von fast leerer Kasse am Abschluß des ersten Quartals 1907 auf 258,65 Mk. am Ende dieses Quartals emporgearbeitet. Außerdem sind 4 Mitglieder mit je 10 Mk. außerordentlichen Mitteln unterstützt worden. Zum 2. Punkt sprach Kollege Fehold über die Klage gegen Kühnlein und Dassel. Als Entscheid ist die Einstellung des Verfahrens vom Staatsanwalt eingelaufen, teils wegen Verjährung, teils wegen nicht genügender Beweise. Kollege Fehold wurde beauftragt, die Antwort zu prüfen und die eventuellen weiteren Schritte einzuleiten. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Versammlungen sollten im Winter nachmittags stattfinden. Die Verwaltung soll die Sache erledigen. Es wurde bekannt gegeben, daß am 14. Dezember ein Weihnachtsvergügen in dem „Rosenauaal“ stattfinden, ferner, daß im neuen Quartal schon 9 Kollegen Erwerbslosenunterstützung beziehen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die Kollegen alle Mitglieder des Konsumvereins werden möchten. In der Versammlung waren 21 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Rundschau.

Ein Arbeiterbudget. Das Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar, wie es von Stadtrat Keller in der letzten Sitzung des Gemeinderates vorgetragen und sein säuberlich im Wege der Veranschaulichung im Gemeinderatssaal verteilt wurde, ist gewiß wert, auch bei unseren Kollegen bekannt zu werden. Der gute Mann will durchaus damit nicht sagen, daß mit den darin gehaltenen Sätzen eine Familie auskommen soll. Er erklärte selbst, daß es kein Rotzucker sein solle, vielmehr habe er die Aufstellung gemacht, um zu beweisen, daß eine mäßige Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter angebracht sei. Doch lassen wir den Herrn Stadtrat selbst sprechen und schreiben: Budget einer Arbeiterfamilie in Weimar, die aus Mann, Frau und drei Kindern besteht. Es wird angenommen, daß der Mann das ganze Jahr hindurch Arbeit hat und dafür 3 Mk. pro Tag, beziehentlich 18 Mk. pro Woche Lohn erhält. Die Frau beschäftigt sich mit Aufwartungen und bezieht dafür 12 Mk. pro Monat. Der Verdienst der Familie beläuft sich also auf 5 x 18 = 90 Mk. und 12 mal 12 = 144 Mk., in Summa auf 234 Mk. Der Aufwand wird sich pro Tag folgendermaßen stellen: Frühstück: 5 mal 2 Pf. Semmel: 10 Pf., 100 Gramm Butter: 10 Pf., Milch 5 Pf., zusammen 25 Pf. Frühstück: 4 x 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Butter oder Fett: 25 Pf., zusammen 50 Pf. Mittag: 2 x Suppen mit Fleisch, à 15 Pf.: 30 Pf., 3 Suppen ohne Fleisch, à 9 Pf.: 27 Pf., Brot: 10 Pf., zusammen 73 Pf. Im Selbstbereitungsaal des Mittagbrots 1/2 Pfund Fleisch mit Reis, Graupen oder Gemüse. Nachmittagskaffee: Kesper ausgegossen, 10 Pf. Abendbrot: 5 mal 5 Pf. Brot: 25 Pf., 5 mal 5 Pf. Salat, in Butter, Käse, Wurst oder Suppe und Kartoffeln bestehend: 25 Pf., zusammen 50 Pf. Miete: 120 Mk. pro Jahr, täglich 33 Pf. Sanktgeld: für 2 Kinder einschließlich der Mutter: 14,60 Mk., pro Tag 4 Pf. Waschen, Kleiden, Schuhe: 90 Mk. pro Jahr, täglich 25 Pf. Kranken- und Invaliden-Kassenbeiträge: 9 Mk. die Frau und 12,00 Mk. der Mann, täglich 6 Pf. Licht und Heizung: in 5 Monaten

30 Mk., täglich 6 Pf. Ein Glas Bier pro Tag: 13 Pf., pro Jahr 47,25 Mk. Steuern und Tageblatt: 3,25 Mk. pro Jahr, täglich 1 Pf. Aufwand pro Tag 2,96 Mk. mal 365 = 1080 Mk. und 40 Pf. — Der Herr Stadtrat rechnet also in seinem Wohlwollen gegenüber den städtischen Arbeitern immer noch ein Defizit von 10 Pf. pro Patz heraus. Nun stimmt aber die ganze Aufmachung nicht Kaffee pro Pfund für 50 Pf. gibt's einfach nicht! Die Steuern für Staat und Gemeinde belaufen sich allein schon auf 18 Mk. in der Stadt Weimar, bei dem zugrunde gelegten Einkommen. Ein Loos für 120 Mk., in dem fünf Personen kampieren sollen, gibt's in Weimar nicht. Und so geht es weiter. Dabei hat der Herr Stadtrat gar nicht rosig gemacht. Noch viel schauriger stellt sich das Resultat in der Praxis. Die ganze Aufmachung beweist, daß diese Kreise keine blasse Ahnung von den wirtschaftlichen Verhältnissen haben. Kommen die Arbeiter auf Grund einer solchen Aufstellung mit Lohnforderungen, dann klingt ihnen gerade aus jenen Kreisen entgegen, daß sie unerfüllbare Forderungen aufstellen, und daß nur die Vergehrlichkeit der Arbeiter an ihrer Unzufriedenheit die Schuld trägt. Nun hat sich einmal ein Stadtrat die Mühe gegeben, auszurechnen, wie eine Arbeiterfamilie leben muß und — die ganze schöne Rechnung stimmt nicht. Denn ein großer Teil der Arbeiter verdient nicht einmal 1080 Mk. und — eine ganze Anzahl notwendiger Ausgaben sind gar nicht berücksichtigt worden. Ein Bild des Elends, wie es draußiger nicht gut gemalt werden kann.

Gegen die Sozialpolitik. Die Beilage zu der „Deutschen Tageszeitung“, die „Zeitfragen“, Nr. 43, bringt einen langen Artikel, der sich mit den „nationalen“ Arbeitern befaßt. Eine Vorbemerkung zu dem Artikel selbst hat die Sozialpolitik zum Gegenstand. Dort wird auseinandergesetzt: „Ein Vergleich der Verhandlungen des zweiten deutschen Arbeiterkongresses mit denen des am 25. und 26. Oktober 1903 in Frankfurt a. M. stattgehabten ersten Kongresses zeigt uns vielmehr, daß von den seitens des Herrn Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg betonten vier Grundpfeilern, Fleiß, Gottesfurcht, Nächstenliebe und Zufriedenheit mindestens der letztere nicht an Festigkeit zugenommen hat. Man vernahm kein Wort des Dankes für die ungeheuren Opfer, welche die deutschen Arbeitgeber, längst auf Kosten ihrer Leistungsfähigkeit, für die deutsche Sozialpolitik bringen. Dagegen beklagte der Generalsekretär des Verbandes christlicher Gewerkschaften, Herr Stegerwald, Köln, daß unsere gefegliche Sozialreform auf ein lotes Geleise geraten sei, und der Ton seiner Rede erinnerte doch recht bedenklich an den der Sozialdemokratie. Freilich kann alles dies nicht überkräften, wenn man sich erinnert, daß wir länger als ein Jahrzehnt in eine geradezu uferlose Sozialpolitik hineingesteuert sind. Es wäre deshalb wünschenswert gewesen, die Arbeiter gerade bei diesem Kongresse darauf aufmerksam zu machen, aus welchem Irrtum heraus der Satz der Ehrerbete vom 19. Februar 1907 gelassen war, in dem es hieß, daß die verbündeten Regierungen entschlossen seien, „das soziale Wert in dem erhabenen Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzuführen“. Die darin zutage tretende Auffassung, als ob die Sozialpolitik des Grafen Potjomowin gewissermaßen nur eine Fortsetzung der bismärckischen sei, kann nicht ernst genug zurückgewiesen werden. Die vom Fürsten Bismarck verfaßte Kaiserliche Vorlesung vom 17. November 1881 stellte in Aussicht, „daß die Verteilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde“. Nichts aber lag dem Fürsten Bismarck ferner, als eine Politik zu treiben, die unbestimmt um die Wirkung auf die Sozialdemokratie einem wirklichkeitsfernen Humanitätsdusel zutrieb. Es war ein himmelweiter Unterschied zwischen bismärckischer Sozialpolitik, die den Arbeiter gegen elementare Unfälle sichern wollte und der „Fortführung“, die geeignet erschien, ihm alles Gefühl der Verantwortlichkeit zu rauben und eine Prämie auf die Faulheit auszustellen, wie die Arbeitslosenversicherung u. a. dies tun würde. Nichts würde dem Fürsten Bismarck ferner gelegen haben, als zu dulden, daß die durch die sozialpolitische Geseßgebung geschaffenen Anstalten zu Trägern der revolutionären Bewegung wurden, wie das in den Stranzen u. a. m. der Fall ist. Denn auf der einen Seite seines Programms stand die „Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen“, d. h. also ein Sozialistengesetz, und auf der anderen die positive Förderung des Wohles der Arbeiter.“ — In der Ära der Modpolitik darf man sich freilich über solche Ergriffe wenig wundern. Die Scharfmacher haben gegenwärtig auf der ganzen Linie freie Bahn!

Christliche Affenshande. Die Agitation der christlichen Gewerkschaftsführer gelegentlich der Weber Gewerbegerichts-wahl am vorletzten Sonntag zeigte wieder einmal, wie bildend und veredelnd die literale und christlich-gewerkschaftliche Erziehung auf die Arbeiter wirkt. Am Tage der Wahl ließen die „christlichen“ Führer ein Flugblatt erscheinen, in dem u. a. gesagt wird: „Weber haben die bisherigen Besizer, Mitglieder der Sozialdemokratie, diese Neutralität nicht bewahrt. Es ist Tatsache,

daß der Sozialdemokratie an dem Gewerbegericht wenig liegt, sie benützt die Wahl nur zur Agitation, und da heißt es einfach: wer nicht Sozialdemokrat ist, der muß verlieren, wenn er auch recht hat, und wer nicht schmiert, muß verlieren. Es ist aber auch nicht anders möglich, denn die Sozialdemokratie sagt, Der Mensch stamme von einem Affen ab, und wie ist es möglich, daß ein affenartiges Wesen im Namen des Kaisers und der Gerechtigkeit handeln kann? — Fort mit dem Umsturz! Fort mit der Sozialdemokratischen Weg mit den Religionschändern! Weg mit dem affenartigen Wesen! — Doch die Fortschritts-parteil Doch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterschaft!“ — Jede Kritik des Nachwerkes würde die tragikomische Wirkung desselben nur abschwächen. Aber wie traurig muß es in den Köpfen der Leute aussehen, die ein solches Geschreibsel verbrechen können, und wie sind die Arbeiter zu bedauern, die in die Hände solcher „Arbeiterführer“ fallen. Genügt hat ja die Sudelei den „Christlichen“ nichts. Sie sind bei der Wahl elend zusammengebrochen. Aber vor Gericht werden sie Gelegenheit haben, ihre Parole für „Wahrheit und Recht“ auszusprechen.

Späte Einsicht. Zu einer für Arbeitgeber wertvollen Erkenntnis ist in Magdeburg ein Unternehmer gekommen, der dort bis vor kurzem Inhaber eines Betriebes in der Metall-industrie war. Der Betrieb ist eingegangen. Vor zwei Jahren sperrte dieser Mann seine Arbeiter aus, weil diese die Zustimmung von sich wiesen, auf einen vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag zu verzichten und eine Arbeitsordnung zu unterschreiben, die wesentliche Verschlechterungen enthielt. Der Unternehmer siegte. Aber was hatte er von dem Sieg? Hören wir ihn selbst: „Die damalige Geschichte hat mich um alle guten Kräfte gebracht. Trotzdem ich Aufträge genug hatte, konnte ich keine befriedigende Arbeit leisten, so daß die Aufträge immer mehr zurückgingen. Hätte ich tüchtige Leute wie Bureau und Bebold gehabt, hätte ich glänzend bestehen können.“ Die Geschichte sei allen aussperrungslustigen Arbeitgebern zur Beachtung empfohlen!

Verbandsteil.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß das Bureau Magdeburg seit dem 1. Oktober d. J. eröffnet worden ist. Dasselbe befindet sich in Magdeburg, Gr. Rünzstr. 3. Die Besetzung ist vorläufig provisorisch mit dem Kollegen Paul Strunk-Berlin erfolgt. Ferner wurde als Hilfsarbeiter im Verbandsbureau der Kollege Michael Vossl-München definitiv angestellt, welcher hier bisher ausbühlsweise tätig war.

Für den Verbandsvorstand:
Albin Mohs.

Totenliste des Verbandes.

Gottlieb Elenwein, Stuttgart

† 26. Oktober 1907 im Alter von 47 Jahren.
Ehre seinem Andenken!

Filiale Groß-Berlin.

Montag, den 11. November, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den „Ruffersälen“, Kaiser Wilhelmstraße 18m:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. „Ob die Arbeiterklasse im heutigen Staat Gleichberechtigung?“ Referent: Arbeiterssekretär Eugen Brückner.
 2. Mitteilungen.
 3. Verwaltungs- und Kassenbericht für das 3. Vierteljahr. Referenten: Kollegen Wuyth und Hoffmann.
 4. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung.
- Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt! — Die Ortsverwaltung.